

Vom Überwachungsstaat in die Beliebigkeit der Konsumgesellschaft?

Transformationsprobleme sozialer Kontrolle im Prozeß der deutschen Vereinigung

Peter Franz

Abstract

This paper starts from the observation that in the course of the German unification process the East Germans' initial relief of overcoming the burden of surveillance has been replaced by difficulties of orientation within the less repressive "consumer society". The causes for this unexpected phenomenon will be discussed by means of different theoretical approaches and by means of a more extensively defined concept of social control.

Zusammenfassung

Im Verlauf des deutschen Vereinigungsprozesses hat die anfängliche Freude der ostdeutschen Bevölkerung über die Befreiung von überwachungsstaatlichen Kontrollmechanismen schnell einer Orientierungsunsicherheit in der neuen "Konsumgesellschaft" Platz gemacht. Anhand eines Vergleichs verschiedener theoretischer Zugriffe und mit Hilfe eines weit definierten Konzepts sozialer Kontrolle werden die Ursachen dieses spezifischen Transformationsproblems aufzuhellen versucht.

1. Einleitung

Der mit der Wende 1989 eingeleitete Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft wird häufig mit Hilfe modernisierungstheoretischer Kategorien analysiert und interpretiert. Im Hinblick auf Veränderungen im Bereich sozialer Kontrolle greift diese Perspek-

tive scheinbar besonders gut, da die Ersetzung der - unter Vorgabe eines sozialistischen Wertekanons - aufoktroierten Kontrollmechanismen des "Überwachungsstaats" durch eine demokratisch-rechtsstaatlichen Kontrollpraxis prima facie als eindeutiger Übergang von weniger modernen zu moderneren Formen sozialer Kontrolle erscheint. Die folgenden Ausführungen geben Hinweise darauf, daß diese Eindeutigkeit bei näherem Hinsehen verloren geht und daß dieser Übergangsprozeß für große Teile der Ostdeutschen mehr Schwierigkeiten aufwirft als von den anfänglich euphorischen Reaktionen auf das Ende des "Überwachungsstaats" her zu erwarten war. Angesichts dieser Transformationsprobleme erscheinen auch Zweifel angebracht, ob die These zutrifft, daß das DDR-spezifische "Syndrom sozialer Normen und eigenständiger Traditionen, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in dem Augenblick zerfallen (ist, P.F.) und heute als ein fiktiver Modus der Sozialintegration diskreditiert (wird, P.F.), in dem es dem Kontakt mit der westlichen Konsumkultur ausgesetzt wurde" (Offe 1994; 250).

a) *Diskrepanzen zwischen System- und Sozialintegration*

Zur Erinnerung: In der ersten freien und zugleich letzten Wahl zur Volkskammer der DDR vor fünf Jahren im März 1990 erteilte die Mehrheit der Wähler den Politikern der damaligen "Allianz für Deutschland" (CDU, DA, DSU) den Auftrag, den demontierten DDR-Staat in das Gehäuse der Bundesrepublik Deutschland zu überführen.¹ Damit sollte Anschluß und Zugang gefunden werden zu den individuellen Freiheiten, den Konsummöglichkeiten und dem Lebensstandard der westeuropäischen marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften. Heute - fünf Jahre später - muß man konstatieren, daß die institutionelle Inkorporation der fünf neuen Bundesländer erstaunlich schnell und ohne größere Friktionen erfolgt ist: Die *Systemintegration* (Lockwood 1964) ist praktisch erfolgreich abgeschlossen, da mit ganz geringen Ausnahmen dieselben institutionellen Regelungen in Ost- wie in Westdeutschland gelten.²

Den Indikatoren gelungener Systemintegration stehen jedoch vielfältige Anzeichen einer noch nicht befriedigend verlaufenden *Sozialintegration* gegenüber. Darauf deuten hin

- a) die rückblickende Aufwertung des sozialen Netzes und des solidarischen Umgangs der Menschen in der DDR (Hilmer/Müller-Hilmer 1993; 20; Franz 1994a; 134 ff.),
- b) die zunehmend kritischere Beurteilung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im neuen Deutschland (Franz/Herlyn 1994a; 237),
- c) das anhaltend geringe Selbstwertgefühl der Neubürger im Vergleich zu den Alt-Bundesbürgern (Hilmer/Müller-Hilmer 1994; 14; Franz/Herlyn 1994a; 235; Cornelissen 1994; 306) und

d) die neu entstandenen Existenzängste im Hinblick auf drohende Arbeitslosigkeit (Brinkmann/Wiedemann 1994; 18 ff.; Bertels/Herlyn 1994; 389)³ und bedrohliche Kriminalität (Franz/Herlyn 1994a; 235; Noll/Schröder 1995; 307).⁴

Diese offensichtliche "Ost-algie" muß in den Augen derjenigen (westlichen) Beobachter erstaunlich erscheinen, die in der vergangenen DDR das SED- und Stasi-Regime als Inbegriff des bevormundenden, freiheitseinschnürenden "Überwachungsstaates" erblickten⁵, dem zu entinnen man nur froh sein konnte. Insbesondere an dem seinesgleichen suchenden "paranoiden Umfang ...der Kontroll- und Repressionsmaßnahmen der Staatssicherheit" (Mayer 1994b; 312) wurden die Konsequenzen einer solchen Herrschaftsform manifest.

Die oben unter a) - d) angesprochenen Befunde repräsentativer Umfragen deuten darauf hin, daß die Formel "Raus aus dem Überwachungsstaat - rein in die freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu einfach ist, um dem komplexen Ablauf vereinigungsbedingter Umorientierungsprozesse gerecht zu werden. Im folgenden soll am Fall der Veränderungen im Bereich sozialer Kontrolle aufgezeigt werden, welche Orientierungsprobleme und Unsicherheiten mit der "institutionellen Inkorporation" der Ostdeutschen in Verbindung stehen.

b) Zum Konzept sozialer Kontrolle

Bei einem Vergleich zweier Gesellschaften unterschiedlichen Modernisierungsgrades hinsichtlich ihrer vorherrschenden Modi sozialer Kontrolle würde man zu kurz greifen, wenn man sich nur auf die Instanzen der korrektiven und Devianzkontrolle bezöge. Obwohl auch in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen der DDR und der BRD bestanden⁶, werden die im Verlauf des Modernisierungsprozesses eintretenden Schwerpunktverlagerungen und Neuausformungen sozialer Kontrollmodi als bedeutender angesehen. Die These lautet, daß es zunehmend schwerer fällt, Kontrolleure oder Kontrollinstanzen dingfest zu machen, je moderner eine Gesellschaft ist, da den Individuen zum einen ein höheres Maß an Selbststeuerung zugemutet wird⁷ und diese zum andern in Teilsystemen agieren, wo verfeinerte Kontrolltechnologien, generalisierte Steuerungsmedien und komplexe Wirkungsketten Kontrollierte und Kontrolleure immer stärker auseinandertreten und Kontrollinstanzen schlechter faßbar werden lassen.⁸

Um diese Entwicklungen analysieren zu können, knüpft das in diesem Beitrag verwendete Konzept sozialer Kontrolle wieder an dem Begriffsverständnis nord-amerikanischer Soziologen der Jahrhundertwende an (Ross 1901; Park/Burgess 1924), die soziale Kontrolle als zentralen (nicht-repressiven) Mechanismus gesellschaftlicher Ordnung und Integration ansahen.⁹ Der Begriff wird hiermit zwar unschärfer, erlaubt jedoch gleichzeitig auch eine allgemeinere Betrachtung der Transformationsproblematik.

2. Theoretische Perspektiven zur Erfassung des Systems sozialer Kontrolle in der DDR

Um die Transformationsprobleme sozialer Kontrolle analysieren zu können, ist es einerseits wichtig, den Kontrollstrukturen und -mechanismen in der DDR-Gesellschaft nachzugehen. Andererseits müssen diese Eigenheiten mit den in der westdeutschen Gesellschaft praktizierten Arten und Weisen sozialer Kontrolle kontrastiert werden, um die Schwierigkeiten beim Übergang verständlich zu machen.

a) Die DDR-Gesellschaft als totale Institution

Vergegenwärtigt man sich die DDR als nahezu reine Form des "Überwachungsstaats", so liegt es nahe, sie als "totale Institution" im Sinn von Goffman (1973) aufzufassen.¹⁰ Goffman selbst rechnete Staaten und Gesellschaftssysteme zwar nicht zu den totalen Institutionen, doch passen viele seiner Definitionskriterien erstaunlich gut für den Fall der DDR.¹¹ Als eines der zentralen Merkmale totaler Institutionen nennt Goffman ihren allumfassenden Charakter, der sich darin äußert, daß für ihre Insassen der Kontakt zur Außenwelt durch "verschlossene Tore, hohe Mauern, Stacheldraht" (1973; 16) minimiert ist. Außerdem ist darin enthalten, daß alle Lebensbereiche ohne Ausnahme durch Autoritätsprinzipien von außen determiniert sind.¹² In politischer Hinsicht kam dies vor allem darin zum Ausdruck, daß jede politische Opposition von der SED mit Hilfe der Staatssicherheit, der Polizei und der Justiz zerschlagen wurde.

Als weiteres Kennzeichen nennt Goffman, daß "die verschiedenen erzwungenen Tätigkeiten in einem einzigen rationalen Plan vereinigt (werden, P.F.), der angeblich dazu dient, die offiziellen Ziele der Institution zu erreichen" (1973; 17), was mit der planwirtschaftlichen Ausrichtung der DDR übereinstimmt. Ziel totaler Institutionen ist laut Goffman die Überwachung der Menschen, "wobei darauf geachtet wird, daß jeder das tut, was ihm klar und deutlich befohlen wurde, und zwar unter Bedingungen, unter denen ein Verstoß des einzelnen sich deutlich gegen die sichtbare, jederzeit überprüfbare Willfähigkeit der anderen abhebt" (1973; 18).

Totale Institutionen zeichnen sich nach Goffman weiterhin dadurch aus, daß sich Kontrolleure und kontrollierte Insassen hinsichtlich ihrer Persönlichkeit unterscheiden: "Das Personal hält sich für überlegen und glaubt das Recht auf seiner Seite, während die Insassen sich - zumindest in gewissem Sinn - unterlegen, schwach, tadelnswert und schuldig fühlen" (1973; 19). Ganz ähnliche Persönlichkeitsmerkmale wurden von Maaz (1990) aus psychoanalytischer Sicht für die DDR-Bevölkerung im Vereinigungsjahr 1990 diagnostiziert, und die bis heute anhaltenden Selbstwert-Defizite der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen scheinen ebenfalls die Sichtweise von Goffman zu stützen.

Trotz dieser auffälligen Entsprechungen erweist sich die Übertragung des Goffman'schen Konzepts auf die gesamte Gesellschaft der DDR als zu eindimensional. Es bleibt unberücksichtigt, daß große Teile der Bevölkerung die Kaderherrschaft aktiv mitgetragen und sich in Form territorial und betrieblich organisierter Konflikt- und Schiedskommissionen an Kontrollaktivitäten beteiligt haben.¹³ Laut Statistischem Jahrbuch der DDR wiesen die etwa 50.000 in den Betrieben wirkenden Konfliktkommissionen 1988 255.000 Mitglieder und die in Gemeinden und Wohngebieten wirkenden Schiedskommissionen 56.000 Mitglieder auf (Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, Berlin 1989; 411). Gegenstand der Verhandlungen von Konfliktkommissionen waren zuvorderst arbeitsrechtliche Streitigkeiten, die in der Regel durch Anträge einzelner Berufstätiger in Gang gesetzt wurden. Daneben kamen aber auch kleinere Delikte zur Verhandlung, "die nicht selten außerhalb des Betriebes und ohne betrieblichen Bezug begangen worden waren. Die Konfliktkommission trat hier als Sanktionsorgan auf" (Kohte 1995; 343). Zusätzlich wurden Disziplinar- und Klärungsverfahren materieller Verantwortlichkeit im Rahmen von den Konfliktkommissionen durchgeführt. Kohte nimmt an, daß den Konfliktkommissionen ein Doppelcharakter zukam, "nämlich daß sie sowohl Interessenwahrnehmung durch Repräsentanten der Werktätigen als auch 'Erziehung und Selbsterziehung der Werktätigen'....bewirken sollten" (1995; 343) und findet diese Hypothese aufgrund eigener Aktenanalysen und Interviews bestätigt.¹⁴

Das Wirken dieser Kontrollinstanzen auf mittlerer Ebene hatte zur Folge, daß in der DDR "im Vergleich zu westeuropäischen Staaten weniger Ermittlungsverfahren eingeleitet" (Thiel 1993; 354) wurden. Das Vorschalten dieses Filters bewirkte allerdings, daß die Berührung mit den strafrechtlichen Instanzen der Sozialkontrolle häufiger als in der BRD zu einer rechtskräftigen Verurteilung führte, wie auch die Übersichtszahlen in Tab. 1 belegen, wenn man Spalte (2) mit Spalte (5) vergleicht.¹⁵

Table 1: Vergleichszahlen zum Rechtssystem der DDR und der BRD für das Jahr 1988 (jeweils bezogen auf 100.000 Einwohner)

	Zahl der Richter	Zahl der Straftaten	Zahl der Tatverdächtigen	Eingänge erstinstanzlicher Strafverfahren	Zahl der Verurteilten
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
DDR	8,0	715	635	328	350*
BRD	28,7	7.031	2.472	2.249	1.328

*Die Zahl ist höher als die in Spalte (4), da sich unter den Verurteilten auch solche befinden, deren Verfahren bereits im Vorjahr oder noch früher begonnen hat.

Quellen: Statist. Jahrbuch für die BRD 1992; Statist. Jahrbuch der DDR 1989; Statist. Bundesamt (Hg.): Rechtspflege, Gerichte, Verfahrensstatistik 1971 bis 1990, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 10, 1994; eig. Berechnungen.

Aber auch unterhalb der mittleren Ebene der Konflikt- und Schiedskommissionen hatten sich Kontrollformen herausgebildet, an denen sich auch Personen ohne größere politische Macht sowohl formell - wie beim Führen der häufig erwähnten Hausbücher - als auch informell beteiligten. Mischformen von informeller und formeller Sozialkontrolle fanden sich vor allem im beruflichen Umfeld, wo z.B. Betriebsangehörige Kollegen aufsuchten, die ohne Grund von der Arbeit fernblieben. In zahlreichen Betrieben wurde es den Arbeitskollektiven überantwortet, für die Einhaltung betriebs- und arbeitsplatzbezogener Normen zu sorgen. Im Rahmen ihrer biographisch orientierten Felderkundungen in einer sächsischen Kleinstadt stößt Schlegelmilch auf den Befund, daß diese Kontrollaufgaben als lästig eingestuft wurden.

“Die Verantwortlichkeit der Kollektive für Schlendrian und Absentismus Einzelner ging vielen zu weit: ‘Gut, es gab ein paar Problembürger..., die da also früh dann nicht auf die Arbeit gingen aus irgendwelchen Gründen. Manche waren labil, manche waren dem Alkohol verfallen, kamen dann früh nicht aus dem Bett,... manche hatten auch keine Lust zum Arbeiten, die gibt es ja immer. Aber da war ja immer noch das Kollektiv schuld, wenn die nicht auf Arbeit gingen, da mußte ja früh das Kollektiv möglichst noch an der Tür klingeln und den holen’” (Schlegelmilch 1995; 19).

b) Die DDR als “disziplinierte Gesellschaft” im Sinn von Pizzorno

Unter Verwendung des Ansatzes von Pizzorno (1991) versucht Mayer (1994a; 1994b) das DDR-spezifische Profil sozialer Kontrolle herauszuarbeiten. Pizzorno kombiniert in einer Vierfeldertafel (Abb. 1) zwei Modalitäten der Machtdurchset-

zung (repressiver Zwang - positive Anreize) mit dem Merkmal kurzfristige Wirkung oder langfristige Wirkung (1991; 233).

Abbildung 1: Formen sozialer Kontrolle und Ordnungssicherung nach Pizzorno

		MODALITÄTEN DER ORDNUNGSSICHERUNG	
		Zwang	Anreize
WIRKUNGS- DAUER	kurzfristig	LEVIATHAN (körperlicher Zwang)	MARKT (spezifische Hand- lungsanreize)
	langfristig	DISZIPLIN (Unterwerfung des Willens)	WERTEBINDUNG (allgemeine Hand- lungsorientierungen)

Quelle: Pizzorno (1991; 233).

Für die Herrschaftssicherung in der DDR erscheint typisch eine Kombination aus einer positive Anreize setzenden Wertebindung für die Kader und Parteimitglieder¹⁶ und aus einer Disziplinierung der breiten Masse der Bevölkerung. "Disziplin wurde hergestellt in der Kinderkrippe, in Hort und Schule, in den organisierten Ferien und beim Militär, beim jahrelangen nachgeholten Bildungs- und Qualifikationsaufstieg und im Betrieb" (Mayer 1994b; 318). Zu dieser Strategie der Disziplinierung trat aber häufig (in der Spätphase der DDR zunehmend öfter) die Steuerung über finanzielle Anreize hinzu (z.B. in der Familienpolitik), um gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen durchzusetzen.¹⁷

Hierbei kam den Betrieben eine zentrale Rolle zu, den sozialen Zusammenhalt in Form von Arbeitskollektiven und Brigaden zu stärken und angepasstes Verhalten durch die Vergabe materieller und immaterieller Gratifikationen zu belohnen.¹⁸ Über diese fast paternalistische Fürsorge der Betriebe für ihre Mitarbeiter liefen wichtige Prozesse sozialer Kontrolle in der DDR, natürlich verbunden mit der verdeckten betrieblichen Präsenz der Staatssicherheit.

c) Die Rolle "solidarischen Handelns"

In vielen Untersuchungen, in denen DDR-Bürger selbst zu Wort kommen, wird regelmäßig auf die frühere Erfahrung von Solidarität im zwischenmenschlichen Umgang Bezug genommen. Diese aus heutiger Sicht als Verlust wahrgenommene Solidarität hatte mehrere Wurzeln:

Die Herrschaftstechnik der Disziplinierung bedingte - wie bereits erwähnt - die Verlagerung weiter Teile der Sozialisation von der Familie auf öffentliche Einrichtungen. Dies bewirkte, daß die Heranwachsenden einen großen Teil ihrer Tageszeit in peer groups verbrachten - eine notwendige Voraussetzung für das Erlernen des solidarischen Umgangs miteinander, der sich vor allem in den täglichen Interaktionen in den Brigaden und Kollektiven der Betriebe fortsetzte. In der DDR hatten die Kontakte zu den Arbeitskollegen im Gesamtgefüge sozialer Beziehungen einen weit höheren Stellenwert als in Westdeutschland, und selbst das Verhältnis zu Vorgesetzten war vertrauensvoller als im Westen (Diewald 1995; 62; Schlegelmilch 1995). Aus dieser Perspektive betrachtet stellt das bereits erwähnte Beispiel, daß Berufstätige ihre von der Arbeit fernbleibenden Kollegen aufsuchen, eine eigenartige Mischung formeller und informeller sozialer Kontrolle dar.

Solidarität war aber - abweichend von der Maxime sozialistischer Solidarität - auch entstanden im täglichen Kampf mit den Knappheiten der Güterversorgung.

"Früher war man aufeinander angewiesen, das wußte jeder. Da hat einer dem anderen geholfen. Man ist jetzt nicht mehr aufeinander angewiesen. Man kriegt alles. Früher brauchte man Beziehungen, um irgend etwas zu kriegen. Das war ein dichtes Geflecht, was da entstanden ist. Und das hatte den wirklich großen Vorteil, daß die Beziehungen untereinander - ich weiß nicht, ob ich sagen kann: herzlicher waren - sie waren auf jeden Fall besser (Lehrer in Gotha im Vorruhestand, 1991)" (Franz 1994c; 321).

Solidarische Beziehungen entstanden aber nicht nur als Reflex auf die planwirtschaftliche Unfähigkeit, Güter nachfragegerecht zu produzieren und zu verteilen, sondern wurden auch in einem relativ eng geknüpften Netz von Institutionen realisiert, in dem kostenlos oder für ein ganz geringes Entgelt familienentlastende Dienste angeboten wurden (Volkssolidarität) und in die ein Teil der Bevölkerung - zumeist Frauen - quasi ehrenamtlich eingebunden waren.

"So, und dann kommt noch dazu die hohe gesellschaftliche Arbeit unserer Frauen, die in Elternbeiräten, in Elternaktiven mitgearbeitet haben in der Schule... Dann kam der Sport, dann dieses und jenes, und dann waren sie noch in Ausschüssen, im Konsumausschuß, im Verkaufsstellenausschuß, und , und , und" (Schlegelmilch 1995; 24).

d) Der "kleinbürgerliche" Verhaltenstypus in der DDR

Die bisher vorgestellten Mosaiksteine sozialer Kontrollpraktiken in der DDR wären unvollständig, würde man nicht auch die vorherrschende Kleinbürger-Mentalität anführen. Damit ist gemeint, daß unter der Bevölkerung Einstellungen und Verhaltensweisen weit verbreitet waren, die u.a. beinhalten: eine Neigung zum Gehorsam, es vermeiden, aufzufallen, ein sich Abschießen gegenüber Ungewohntem und Fremdem, geringe Toleranz gegenüber auch nur leicht abweichenden Personen und Verhaltensweisen im Wohnumfeld. Das starke Hervortreten dieses Verhaltenstypus in der DDR läßt sich durch folgende Entwicklungen erklären:

- a) Durch die überproportionale Abwanderung von Angehörigen höherer sozialer Schichten, die sich im Lauf der Jahre auf die schichtenmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung auswirkte¹⁹,
- b) durch die Zuwanderung von mehr als vier Millionen Vertriebenen in der Nachkriegszeit, darunter viele Flüchtlinge aus den ländlich geprägten Ostgebieten, die sich erst frisch aus quasifeudalen Verhältnissen gelöst hatten und eine enorme Bereitschaft zur politischen Anpassung und zu hoher beruflicher Leistung als "mentales Gepäck" mitbrachten²⁰,
- c) in der Aufbauphase der DDR erfuhren große Teile der Arbeiterschaft Belohnungen durch das System in Form weitreichender sozialer Aufstiege. Viele ließen ihren Arbeiterstatus hinter sich, ohne ihren bescheidenen, genügsamen Lebensstil und ihre Bereitschaft zur Unterordnung zu verändern. Es bildete sich ein Aufsteigertyp heraus, der sich bis zum Ende der DDR mit dem System identifizierte, bei dem also der Modus sozialer Kontrolle und Herrschaftssicherung über die Strategie der Wertebindung - wie von Pizzorno beschrieben - erfolgreich war.²¹

Aus den bisher vorgestellten einzelnen Bausteinen sozialer Kontrollpraktiken läßt sich folgendes Gesamtbild zusammenfügen:

Ein relativ kleiner Politikader erzwingt - zunächst auf die dahinterstehende Besatzungsmacht und später zunehmend auf den selbst geschaffenen geheimdienstlich agierenden Stasi-Überwachungsapparat gestützt - systemkonformes Verhalten der Bevölkerung.²² Mit zunehmender Lebensdauer der DDR steigt der Anteil an selbstdiszipliniert agierenden Personen, nachdem immer größere Teile der Bevölkerung die eigens geschaffenen Sozialisationsagenturen des Systems durchlaufen haben. Direkt sanktionierende Eingriffe der Judikative können deshalb im Vergleich zu Westdeutschland zahlenmäßig gering bleiben, sehr viele Konflikte werden informell oder halbformell geregelt, sanktioniert wird unterhalb der strafrechtlichen Ebene. Gleichzeitig entstehen als Reaktion auf den sich auf sämtliche Lebensbereiche ausdehnenden sozialistischen Herrschaftsanspruch und noch mehr auf die systembedingte Knappheit an Konsumgütern abgeschirmte "Gegenwelten" in Form privater Nischen und einer Tauschökonomie. Diese "Gegenwelten" bleiben weitgehend frei von for-

mellen Sanktionen und werden von Normen gesteuert, die am Reziprozitätsprinzip orientiert sind. Die Beteiligten erleben diesen von oben ungesteuerten Umgang miteinander als solidarisch und als entlastend im Vergleich zu den Interaktionen in staatlich kontrollierten Bereichen. Die meisten Bürger der DDR erwerben das Geschick, problemlos zwischen diesen beiden Welten zu wechseln.²³

3. Die Auswirkungen der Vereinigung auf die Strukturen sozialer Kontrolle in Ostdeutschland

Die in diesem Abschnitt diskutierten Veränderungen von Strukturen und Praktiken sozialer Kontrolle entstehen in einer Wechselwirkung: aus dem Zusammenbruch des Herrschafts- und Kontrollsystems der DDR auf der einen Seite und aus den Friktionen und Schwierigkeiten bei der Übernahme westdeutscher Kontrollpraktiken und -strukturen auf der anderen Seite. Aus analytischen Gründen werden beide Perspektiven zunächst getrennt behandelt.

a) Der Einsturz der alten Welten

Die im Herbst 1989 lawinenartig anwachsende Wende-Bewegung richtete ihre Angriffe nach dem Sturz der wichtigsten politischen Machthaber sehr schnell darauf aus, den verhaßten Überwachungsapparat der Stasi zu zerschlagen. Noch Ende des gleichen Jahres war dieses Ziel praktisch erreicht. Was den Betroffenen erst nach und nach im weiteren Verlauf des Vereinigungsprozesses zu Bewußtsein kam, war der Sachverhalt, daß mit dem Verschwinden des ungeliebten Überwachungsstaates auch die als Reflex darauf entstandenen und ungleich positiver bewerteten "Gegenwelten" ihre Funktion verloren. "Tauschbeziehungen werden in dem Moment überflüssig, wo die Warenfülle der Einkaufszentren und Baumärkte als Alternative bereitsteht. Über Jahre mit dem Ziel aufgebaute Beziehungen, bestimmte Güter zu organisieren, werden über Nacht funktionslos. Mit diesen Beziehungen entfallen dann auch stets die damit verbundenen Unterhaltungen und Gespräche" (Franz 1994c; 321). Nach der nur kurz vorherrschenden Freude über die stark verbesserte Güterversorgung wurde dieser Wegfall sehr bald als Verlust erlebt. "Man könnte auch sagen: Die Wärme der der Not gehorchenden gemeinschaftlichen Beziehungen in der DDR wird abgelöst durch die Kälte der durchkapitalisierten Beziehungen der BRD-Gesellschaft" (Ebd.; vgl. dazu auch Gebhardt/Kamphausen 1994; 37). Dieser Wegfall stellte vor allem jene Personen vor Probleme, die mit dem Aufbau und der Pflege ihrer Nischen auch ein Stück Lebenssinn verbunden hatten.²⁴

b) Orientierungsunsicherheiten in der neuen Welt

Während zentrale Kontrollinstitutionen des DDR-Staats fast über Nacht von der Bildfläche verschwanden, konnten viele der DDR-Bürger ihre im Sozialisationsverlauf eingeübte und auf die Autoritätsstrukturen des DDR-Staats ausgerichtete Disziplinierung nicht so schnell abstreifen. In der westdeutschen Gesellschaft stellen Gehorsam und Unterordnung Erziehungsziele dar, die immer seltener als erstrebenswert und wichtig angesehen werden (Klages 1993), während Fertigkeiten für autonomere Verhaltensweisen einen hohen Stellenwert einnehmen. Somit war eine Phase der Desorientierung der DDR-Bürger vorprogrammiert, die ihr ansozialisiertes "mentales Gepäck" ja nicht über Nacht ablegen konnten. Dabei waren jene Personen am stärksten von Desorientierung und Unsicherheit gegenüber den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen betroffen, die direkt in die Disziplinierungsagenturen der DDR (Schulen, Militär, Polizei) involviert waren. Das häufig beklagte "Verschwinden" der Polizei und ihr Autoritätsverlust nach der Vereinigung sind neben organisatorischen Gründen auch mit auf diese individuelle Verunsicherung des Kontrollpersonals zurückzuführen.²⁵ Die Mehrzahl der mit Kontrollaktivitäten befaßten Konflikt- und Schiedskommissionen stellte bereits im Verlauf der Wende ihre Tätigkeiten ein.

Die Kinder und Jugendlichen, deren Sozialisationsprozeß noch nicht abgeschlossen war und die den gesellschaftlichen Umbruch und den Wechsel des Kontrollstils in Schule und Berufsausbildung erlebten, streiften ihre Verunsicherung relativ schnell ab und versuchten durch Probierverhalten innerhalb und außerhalb der Schulen die Grenzen der neu gegebenen Verhaltensspielräume auszutesten. Diese Verhaltensspielräume wuchsen auch in zeitlicher Hinsicht an, da viele der Betreuungseinrichtungen geschlossen wurden, in denen die Kinder und Jugendlichen flächen- und freizeitdeckend beaufsichtigt und beschäftigt wurden. Parallel zu dieser Entwicklung wurden die Eltern wieder zunehmend mit Kontroll- und Organisationsaufgaben im Freizeitbereich belastet.²⁶

Die verringerte Präsenz staatlicher "Ordnungshüter", die devianzhervorhebende Berichterstattung in den Medien, die ungewohnten und z.T. betrügerischen Geschäftspraktiken westdeutscher Firmenvertreter, das neuartige kollektive und eigenwillige Auftreten von Jugendlichen im öffentlichen Raum und die persönliche Unsicherheit über den Wertekanon der neuen Gesellschaft bildeten zusammengekommen einen Nährboden für ansteigende Furcht vor Kriminalität, die weit schneller stieg als die Häufigkeit krimineller Delikte.²⁷ Eine Konsequenz daraus ist, daß der Kontrollstil der zu DDR-Zeiten gefürchteten (Klinger 1993; 151) und zur Wendezeit stark kritisierten Polizei heute im Rückblick wieder wesentlich positiver eingeschätzt wird.

4. Kontrollmechanismen der Konsumgesellschaft

An diesem Punkt angelangt, muß man sich unvermeidlich mit der Frage auseinandersetzen, wie die Kontrollstrukturen jener Gesellschaft eigentlich beschaffen sind, in die die Bewohner Ostdeutschlands inkorporiert worden sind. Aus der Sicht der normativ verunsicherten Ostdeutschen erscheint vor allem die Frage drängend, welches Wertesystem, welche normative Ordnung ihrer neuen Gesellschaft zugrunde liegt. Der Ostberliner Soziologe Reißig schreibt: "Wie historische Erfahrungen belegen, erhält für das Gelingen eines nationalstaatlichen Integrations- und Fusionsprozesses das Problem einer gemeinsamen normativen Ordnung einen zentralen Stellenwert" (1993; 18). Reißig hat als in der DDR aufgewachsener Sozialwissenschaftler die integrierende Kraft einer "gemeinsamen normativen Ordnung" am eigenen Leib erfahren und fordert - wie es scheint: folgerichtig - eine solche Ordnung oder ein solches Wertesystem auch für den Fall der deutsch-deutschen Vereinigung ein. Dies aber genau ist die Crux im deutschen Vereinigungsprozeß: Während sich die Ostdeutschen über 40 Jahre lang in einer Gesellschaft bewegt haben, in der von der Kinderkrippe bis zum Feierabendheim gemeinsame sozialistische Werte eingeübt, oktroyiert, indoktriniert und z.T. sicherlich auch internalisiert wurden, hat sich in Westdeutschland im Verlauf der gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung ein gemeinsames Wertesystem als Integrationsmodus verflüchtigt.

Welche Faktoren haben aber dann die Stabilisierung der westdeutschen Gesellschaft übernommen? Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich zum einen zurückgreifen auf das Schema von Pizzorno: Er hebt hervor, daß in modernen Gesellschaften mit hohem Individualisierungsgrad die Ordnungswirkung des Marktes immer dominanter wird, während 'Disziplin' und 'Wertebindung' an Bedeutung verlieren. Die CDU/FDP-Koalition setzte im Jahr 1990 auf die gesellschaftsintegrierende Wirkung der Marktkräfte, indem sie mit den Modalitäten der Währungsunion die Voraussetzungen für die sofortige und kaum eingeschränkte Teilnahme der Bewohner Ostdeutschlands am Warenkonsum auf westdeutschem Niveau schuf. Die gewählte Wechselkursrelation zwischen Mark der DDR und DM beinhaltete praktisch die Entscheidung, die Ostdeutschen über den Konsum und nicht über den theoretisch möglichen Weg der Erhaltung der Arbeitsplätze zu integrieren.²⁸ Mit Hilfe der nach der Währungsunion sehr schnell ansteigenden Transferzahlungen der öffentlichen Hand wurde die Kaufkraft der ostdeutschen Bevölkerung dauerhaft gesichert.²⁹

Diese Entscheidung der Bundesregierung unter Kanzler Kohl entspricht genau der Hypothese des polnischen Soziologen Zygmunt Bauman, daß der Konsumbereich und das Verbraucherverhalten in heutigen modernen Gesellschaften unter kognitiven und moralischen Gesichtspunkten ständig stärker in den Mittelpunkt rücken und zu einem integrativen Faktor heranwachsen. Gleichzeitig verliert die Teilnahme am Arbeitsleben ihren zentralen Stellenwert für gesellschaftliche Integration (Bauman 1988; 807 ff.; 1992; 331 f).

Aus einer etwas umfassenderen Perspektive betrachtet zählt der Konsumbereich mit seinem Angebot an Waren, seinen Geschäften und Einkaufsmöglichkeiten zur materiellen Kultur einer Gesellschaft³⁰, derer wir uns im alltäglichen Leben bedienen, um private Zwecke realisieren zu können. In entwickelten Industriegesellschaften mit einer ausgeprägten materiellen Kultur wird diese alltägliche Lebensführung selbst immer stärker zu einem Integrationsfaktor und die Gesellschaftsmitglieder sind "in wesentlich geringerem Umfang auf kulturellen Konsens oder auf ein von allen geteiltes Wertesystem angewiesen als vorindustrielle Gesellschaften oder Industriegesellschaften, die noch in der Entwicklungsphase stecken" (Brock 1993; 181).

Während also für die einen Deutschen in einem jahrzehntelangen Prozeß parallel zur wachsenden Fülle und Ausstattung ihrer materiellen Umwelt Werte und normative Gesichtspunkte als Integrationsfaktoren zurückgetreten sind, sind die anderen Deutschen in einer Gesellschaft groß geworden, in der das Wertesystem als zentraler Integrationsfaktor stark betont wurde. Somit ist das Defizit-Erleben der Ostdeutschen bei ihrer Suche nach den zentralen Werten und Normen der neuen Gesellschaft, in die sie inkorporiert worden sind, fast vorprogrammiert.

Auch die formellen Instanzen sozialer Kontrolle bleiben nicht unbeeinflusst von dieser Entwicklung: Das Rechtswesen verliert immer mehr seinen abgehobenen Charakter hoheitlicher Rechtsprechung ("Justitia") und wird im privatrechtlichen Bereich zu einem zunehmend häufiger genutzten und zunehmend alltäglichen Teilsystem der Konfliktregelung - mit Vorteilen für diejenigen, die sich seiner am geschicktesten durch Einlegung von Widerspruch, Klageandrohung und -erhebung sowie Revision zu bedienen wissen.

5. Schluß

Die auch heute noch vorhandenen Integrationsprobleme der Bewohner der neuen Bundesländer rühren daher, daß mit der DDR nicht nur ein ungeliebter "Überwachungsstaat" zugrunde gegangen ist, sondern gleichzeitig die dort als Gegenreaktion auf den imperialen Herrschaftsanspruch der Machthaber entstandenen Gegenwelten, die viele gemeinschaftlichen Elemente enthielten, funktionslos geworden sind. Gerade das Verschwinden dieser gemeinschaftlichen Elemente wird als ein Verlust erlebt, zumal sich in der stärker individualisierten westdeutschen Gesellschaft kein Ersatz hierfür findet.

Ungewohnt ist für die über Jahrzehnte mit sozialistischen Werten konfrontierten Ostdeutschen ebenfalls, daß sich in der neuen Gesellschaft eine Fülle materieller und immaterieller Gelegenheiten zum Gebrauch anbieten, daß darüber hinaus aber keine kohärenten Werte und Normen angeboten werden, die Orientierungshinweise und -sicherheit vermitteln würden. Aufgrund des abrupten gesellschaftlichen Umbruchs sind die Bewohner der neuen Bundesländer für diese Sinn- und Werte-Defizite der

“Konsumgesellschaft” besonders sensibel. Aus heutiger Sicht läßt sich vorhersagen, daß diese Integrationsprobleme zumindest für die vor 1970 Geborenen auch mit fortschreitender Zeit und mit fortschreitend selbstverständlicherem Umgang mit der materiellen Umwelt anhalten werden.

Anmerkungen:

- 1 "Die Zielgesellschaft der Vereinigung ist faktisch und normativ die alte Bundesrepublik. Sie war und ist dies nach dem Willen fast aller beteiligten Entscheidungsträger" (Mayer 1994b).
- 2 Die letzten noch aus der DDR-Zeit stammenden Ausweispapiere mußten spätestens bis Ende des Jahres 1995 gegen neue Dokumente umgetauscht werden.
- 3 "Mir macht es auch elend zu schaffen, daß alleine schon der Arbeitsplatz nicht gesichert ist und damit auch die Finanzen nicht, ohne die man eben nicht existieren kann. Und das bringt einen um einen Teil der Ruhe im Leben (Umschülerin , 1993)" (Franz 1994b; 178).
- 4 So meint der ehemals einflußreiche Schriftsteller und Kulturfunktionär Hermann Kant, "in den neuen Bundesländern habe sich eine Regellosigkeit etabliert, die als enorm gestiegene Kriminalität das Alltagsleben der Bürger bedrohe" (Frankfurter Rundschau, 18.6.1994; 7).
- 5 Dieser Sichtweise gemäß befindet sich die "gesamte Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über alle Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion in den Händen einer, in sich strikt hierarchisch gegliederten Gruppierung. Macht ...war unkontrollierbar monopolisiert....Alternative Konzepte chancenlos. Notwendige Kehrseite dieser Herrschaft ...ist die Enteignung, Entmachtung, amputierte und blockierte Subjektivität des großen 'Rests' der Gesellschaft" (Adler 1991; 175).
- 6 Vgl. u. S. 7.
- 7 "Die Anforderungen an die Individuen werden...im Zuge gesellschaftlicher Differenzierung keineswegs geringer, sondern nehmen statt dessen eher zu: Die Verhaltenskontrolle, die bislang primär durch äußere gesellschaftliche Mächte und Institutionen erfolgte, wird nun in das Individuum hineinverlegt. Neben den Zwang tritt der Selbstzwang, neben die Fremdkontrolle tritt die Selbstkontrolle" (Arbeitsgruppe Bielefelder Jugendforschung 1990; 17).
- 8 "Aus der Perspektive der Individuen meint dies, daß traditionale Zwänge und Verhaltenszumutungen durch institutionenbezogene Abhängigkeiten ausgetauscht werden. Auf diesem Weg kann fortschreitende Inklusion in immer mehr Funktionssysteme keineswegs mit einer Steigerung von Autonomie, sondern höchstens mit einer Veränderung der Modi gesellschaftlicher Kontrolle gleichgesetzt werden. Die 'neue Unmittelbarkeit' von Gesellschaft und Individuen wird über generalisierte Steuerungsmedien wie Geld und Recht vermittelt" (Arbeitsgruppe Bielefelder Jugendforschung 1990; 19).
- 9 Die Auffassung der frühen amerikanischen Soziologen vom Konzept sozialer Kontrolle wird ausführlich rekapituliert bei Hahn (1995; 60 ff.).
- 10 Die Idee, die Goffman'sche Perspektive auf den Fall der DDR anzuwenden, verdanke ich Gitta Scheller.
- 11 Die von Pollack (1990) für die DDR als "Organisationsgesellschaft" gewählte Kennzeichnung nimmt ebenfalls auf die starke interne Machtungleichheit und die starke Abgrenzung nach außen Bezug.

- 12 "In einer totalen Institution ... werden die Aktivitäten eines Menschen bis ins kleinste vom Personal reguliert und beurteilt, das Leben der Insassen wird dauernd durch sanktionierende Interaktionen von oben unterbrochen" (Goffman 1973; 45).
- 13 In der Intention der Gesetzgeber sollten die Konfliktkommissionen auf Betriebsebene Aufgaben der Erziehung und Selbsterziehung übernehmen und verfügten über die Sanktionsmittel, die Beschuldigten zu rügen, zu einer begrenzten Geldstrafe oder zu gemeinnütziger Arbeit zu verurteilen oder zu Schadenersatz bzw. zu einer Entschuldigung den Geschädigten gegenüber zu verpflichten (vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 13 vom 6.4.1982; 277 ff.).
- 14 "Von unserer These des Doppelcharakters der Konfliktkommissionen ausgehend ergibt sich eine eindeutige Erklärung, warum bereits im Winter 1989/90 in den meisten Betrieben die Tätigkeit der Konfliktkommissionen eingestellt wurde. Für die Ordnungserziehung durch die Konfliktkommissionen war nach der politischen Wende erfreulicherweise kein Raum mehr. Der Wunsch der Mehrheit bestand gerade darin, sich von einer solchen paternalistischen Ordnung freizumachen" (Kohte 1995; 344).
- 15 "In der DDR waren rund 1400 Richter und 600 Rechtsanwälte tätig. Im Land Nordrhein-Westfalen, dessen Einwohnerzahl der der DDR entsprach, amtieren 4.200 Richter und 13.000 Rechtsanwälte" (Wassermann 1993; 559).
- 16 Eine hohe Bindung an sozialistische Werte der DDR wiesen vor allem und weisen z.T. noch heute die Angehörigen der Aufbaugeneration auf, die in den Nachkriegsjahren die Erfahrung sozialen Aufstiegs machten. Diese Aufbaugeneration steht heute vor dem Dilemma, sich entweder defensiv an die alten Ideale zu klammern und ihren sozio-ökonomischen Abstieg als ungerecht zu empfinden oder einen Großteil des eigenen Lebens und eigener Opfer als sinnlos abzuhaken (Mayer 1994b; 318). Zumindest dieser Teil der Bevölkerung hat die DDR nicht als "totale Institution" erlebt.
- 17 "Es waren zweifellos nicht nur die negativen Sanktionen, ... die als Integrationsfaktor und Friedensstifter der DDR-Gesellschaft funktioniert haben. Ebenso wichtig dürften für den inneren Zusammenhalt die ... die positiven Sanktionen gewesen sein, die das Regime für die Bevölkerung insgesamt und für privilegierte Gruppen bereithielt. ... Es war ein Subventions-, Verteilungs und soziales Sicherungssystem, in dem der einzelne nicht viel gewinnen konnte, dafür aber auch nicht in der Gefahr stand, viel zu verlieren" (Offe 1994; 47 f.).
- 18 "Kulturelle Aktivitäten waren weitgehend über den Betrieb organisiert, ob es sich um Konzert-, Theater- oder Museumsbesuche oder die Teilnahme an anderen sozialen Aktivitäten handelte. Auch die Vergabe von Kleingärten lief über die Betriebe, und selbst das Erlangen einer Mietwohnung wurde über betriebliche Stellen vermittelt" (Zoll 1993; 73).
- 19 "Die alte Oberschicht wurde nicht nur entmachtet, sondern schied faktisch aus dem sozialen Gefüge der Gesellschaft aus. Auch große Teile der alten bürgerlichen Existenz sowie die besitzenden Mittelschichten wanderten früher oder später ins westliche Deutschland aus" (Woderich 1992; 23).
- 20 "Was sie motivierte, war zum einen das Bestreben, möglichst schnell Geld zu verdienen, um wirtschaftlich den Anschluß an die Altbevölkerung herzustellen, zum anderen der Wille, sich selbst und den anderen die eigene Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen" (Plato/Meinicke 1992; 252).
- 21 Niethammer (1990) kennzeichnet diese Generation folgendermaßen: "Diese Generation, in der es nachgerade erheblicher Widerstandskraft bedurfte, Arbeiter zu bleiben, blickt auf ihren erarbeiteten und erlittenen Aufstieg mit Stolz, denn sie mißt sich an ihren Vätern... Sie ist eine einsatzbereite und exekutive Generation mit wenig perspektivischer Kreativität, aber viel Disziplin und Improvisationstalent, autoritär und bescheiden".

- 22 Zur Niederschlagung des Aufstands am 17. Juni 1953 mußten noch Besatzungstruppen zu Hilfe gerufen werden.
- 23 Mit den Anforderungen und Zumutungen, die sich Individuen in der DDR beim Wechsel zwischen formellen und informellen Beziehungen stellten, befaßt sich ausführlicher Engler (1992).
- 24 Dies gilt in erster Linie für Nischen-Institutionen, die "ihren Charakter aus der Gegnerschaft zum Staat bezogen. Nachdem der Staat als 'Opponent' dahingeschwunden ist, verlieren diese Institutionen ihren alternativen oder kritischen Status. Wer braucht eine Untergrundpresse, wenn politische Ansichten nicht mehr der Zensur unterliegen?" (Cohen 1993; 231).
- 25 "Sie, die Kontrolleure des alten Systems, unterlagen nunmehr ebenso einem Mangel externer Kontrolle, befanden sich in norm- und orientierungslosen Zuständen. Auflösungen, Umstrukturierungen und Neuaufbau einzelner Bereiche der Instanzen waren täglich zu beobachten" (Thiel 1993; 357).
- 26 Die folgende Äußerung einer Journalistin und Mutter zweier Kinder zeigt, daß diese neuen Aufgaben als Belastung wahrgenommen werden: "Jeder Betrieb hatte Ferienlager angeboten. Und da konnte man noch über die Schule in dieses und jenes kommen. Also da hatte man als Eltern seine Kinder in den Ferien, und das waren acht Wochen im Sommer, und wenn man da drei Wochen Urlaub gemacht hat, da kam man ganz schön über die Runden. Ist jetzt nicht mehr. Diesen Sommer standen die rum" (Franz/Herlyn 1994b; 244).
- 27 Erste Zeitreihendaten für die Kriminalitätsentwicklung in Ost und West belegen allerdings, daß für einige Deliktarten mit hoher Sichtbarkeit in Ostdeutschland bereits häufiger verübt werden als in Westdeutschland (vgl. Noll/Schröder 1995; 310 ff.).
- 28 Mit einer niedrigeren Umtauschrelation als 2:1 bzw. 1:1 wären die in Ostdeutschland hergestellten Güter zumindest in den osteuropäischen Ländern noch länger wettbewerbsfähig geblieben, während gleichzeitig die Privateinkommen und das Privatvermögen viel niedriger gelegen hätten.
- 29 "So kam es in den neuen Bundesländern zu einem in der Wirtschaftsgeschichte sehr seltenen Zusammenfallen eines Handels-Booms und einer anfänglichen Zunahme des privaten Verbrauchs bis zu weit über 80 vH des Bruttoinlandsprodukts (zum Vergleich: alte Bundesländer ca. 55 vH) bei gleichzeitig rapidem Verlust von Arbeitsplätzen im primären und sekundären Sektor" (Franz 1995; 7).
- 30 "Die materielle Kultur einer Gesellschaft umfaßt...die 'selbstgeschaffene Umwelt': also Gebäude, Städte, das Verkehrsnetz, Wissenssysteme, technische Artefakte wie Nachrichtentechnik oder das Automobil" (Brock 1993; 180).
Die Überlegung, daß die Benutzung grundlegender Infrastruktureinrichtungen ein gewisses Maß an Solidarität unter den Benutzern schafft, findet sich bereits in den sozialökologischen Stadtanalysen von Burgess (1925). In der Sozialökologie wird eine biotische oder subsoziale Ebene - dominiert von Wettbewerbsbeziehungen ohne direkten soziale Kontakt - von einer kulturellen Ebene unterschieden. Burgess kommt zum Schluß, daß bereits das Handeln auf der biotischen Ebene integrierend wirkt.

Literatur:

- Adler, F. 1991: Soziale Umbrüche. S. 174-218 in: R. Reißig/G.-J. Glaesner (Hg.), *Das Ende eines Experiments*, Berlin.
- Arbeitsgruppe Bielefelder Jugendforschung 1990: *Das Individualisierungs-Theorem - Bedeutung für die Vergesellschaftlichung von Jugendlichen*. S. 11-34 in: W. Heitmeyer/T. Olk (Hg.), *Individualisierung von Jugend*, Weinheim/München.
- Bauman, Z. 1988: *Sociology and postmodernity*, in: *Sociological Review*, 36. Jg., 790-813.
- Bauman, Z. 1992: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg.
- Bertels, L./Herlyn, U. 1994: *Eine Zwischenbilanz: Blick zurück nach vorn*. S. 375-392 in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*, Opladen.
- Brinkmann, C./Wiedemann, E. 1994: *Zu den psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16, 16-28.
- Brock, D. 1993: *Wiederkehr der Klassen? Über Mechanismen der Integration und der Ausgrenzung in entwickelten Industriegesellschaften*, in: *Soziale Welt*, 44. Jg., 178-198.
- Burgess, E. W. 1925: *The growth of the city: An introduction to a research project*. in: R. E. Park et al. (Hg.): *The city*. Chicago.
- Cohen, S. 1993: *Soziale Kontrolle und die Politik der Rekonstruktion*. S. 209-237 in: D. Frehsee et al. (Hg.), *Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung, Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie*, Bd. 15, Opladen.
- Cornelsen, I. 1994: *Wahrnehmung sozialer Mobilität seit der Wende*. S. 292-309 in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*, Opladen.
- Diewald, M. 1995: *Informelle Beziehungen und Hilfeleistungen in der DDR: Persönliche Bindung und instrumentelle Nützlichkeit*. S. 56-75 in: B. Nauck et al. (Hg.), *Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch*, Stuttgart.
- Engler, W. 1992: *Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus*, Frankfurt/M.
- Franz, P. 1994a: *Zum Wandel politischer Institutionen und Orientierungen*. S. 99-139 in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*, Opladen.
- Franz, P. 1994b: *Veränderungen in Arbeit und Beruf*, in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), S. 178-201 in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*, Opladen.
- Franz, P. 1994c: *Typische Verarbeitungsweisen des gesellschaftlichen Umbruchs*, S. 310-339 in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*, Opladen.
- Franz, P. 1995: *Verbraucherpreise in ost- und westdeutschen Städten - ein Indikator für die Angleichung der Lebensverhältnisse?*, in: *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 1, 6-11.

- Franz, P./Herlyn, U. 1994a: "Wir leiden weiter, aber auf einem höheren Niveau". Befunde einer Panelstudie in einer thüringischen Mittelstadt, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 4. Jg., 233-247.
- Franz, P./Herlyn, U. 1994b: Zur Dynamik von Familie und Sozialbeziehungen. S. 232-261 in: U. Herlyn/L. Bertels (Hg.), *Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland*, Opladen.
- Gebhardt, W./Kamphausen G. 1994: Mentalitätsunterschiede im vereinigten Deutschland? Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16, 29-39.
- Goffman, E. 1973: *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt/M.
- Hahn, K. 1995: *Soziale Kontrolle und Individualisierung. Zur Theorie moderner Ordnungsbildung*, Opladen.
- Hilmer, R./Müller-Hilmer, R. 1993: Es wächst zusammen, in: *DIE ZEIT*, Nr. 40, 17-21.
- Hilmer, R./Müller-Hilmer, E. 1994: Die Stimmung stimmt für Kohl, in: *DIE ZEIT*, Nr. 40, 13-15.
- Klages, H. 1993: *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandlungsgesellschaft*, Frankfurt/M.
- Klinger, F. 1993: *Soziale Konflikte und offene Gewalt. Die Herausforderungen des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern*, in: *Deutschland Archiv*, 26. Jg., 147-160.
- Klinger, F. 1994: Die unvollendete Integration - Grundprobleme institutioneller Erneuerung in Deutschland, in: *BISS public*, H. 15, 67-103.
- Kohte, W. 1995: *Konfliktkommissionen in der DDR - Historische Erfahrungen als Impulse für aktuelle Diskussionen?* S. 342-346 in: H. Sahner/S. Schwendtner (Hg.), *27. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gesellschaften im Umbruch, Kongressbd. II*, Opladen.
- Lockwood, D. 1964: *Social integration and system integration*, in: G. K. Zollschan/W. Hirsch (Hg.), *Explorations in social change*, Boston.
- Maaz, H.-J. 1990: *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin.
- Mayer, K.U. 1994a: *Wiedervereinigung, soziale Kontrolle und Generationen. Elemente einer Transformationstheorie*. S. 49-66 in: L. Bertels (Hg.), *Gesellschaft, Stadt und Lebensverläufe im Umbruch*, Bad Bentheim.
- Mayer, K.U. 1994b: *Vereinigung soziologisch: Die soziale Ordnung der DDR und ihre Folgen*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 4. Jg., 307-321.
- Niethammer, L. 1990: *Das Volk der massenhaften Aufsteiger und ihrer Kinder. Teil I*, in: *Frankfurter Rundschau*, 6.1.1990.
- Noll, H.-H./Schröder, H. 1995: *Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland*. S. 305-328 in: W. Glatzer/H.-H. Noll (Hg.), *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung*, Frankfurt/M.
- Offe, C. 1994: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt/M.
- Park, R. E./Burgess, E. W. 1924: *Introduction to the science of sociology*, Chicago.

- Pizzorno, A. 1991: On the individualistic theory of social order. S. 209-234 in: P. Bourdieu/J.S. Coleman (Hg.), *Social theory for a changing society*, New York.
- Plato, A. v./Meinicke, W. 1992: *Alte Heimat - neue Zeit*, Berlin.
- Pollack, D. 1990: Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 19. Jg., 292-307.
- Reißig, R. 1993: Transformationsprozeß Ostdeutschlands - empirische Wahrnehmungen und theoretische Erklärungen, WZB Discussion Paper P93-001, Berlin.
- Ross, E. A. 1901: *On social control. A survey of the foundations of order*, New York.
- Schlegelmilch, C. 1995: Zwischen Kollektiv und Individualisierung - Gemeinschaftserfahrungen im Umbruch. S. 27-49 in: S. Gensior (Hg.), *Vergesellschaftung und Frauenerwerbsarbeit. Ost-West-Vergleiche*, Berlin.
- Thiel, K. 1993: Machtpolitische Gestaltung der Vereinigung und Wandel der Instanzen sozialer Kontrolle (Überlegungen zum sozialen Umbruch in den neuen Bundesländern), S. 352-368 in: D. Frehsee et al. (Hg.), *Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung, Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie*, Bd. 15, Opladen.
- Wassermann, R. 1993: Rechtssystem. S. 557-565 in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Bonn.
- Woderich, R. 1992: Mentalitäten zwischen Anpassung und Eigensinn, in: *Deutschland Archiv*, H. 1, 21-32.
- Zoll, R. 1993: Lebenswelt im Umbruch. Bemerkungen zu den Veränderungen im Osten und Westen Deutschlands, in: *Initial*, H. 5, 73-76.